

Auftragsbekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

Formular 121 - VHB-Bund - Ausgabe 2019

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, in
Vertretung für die BImA
Straße, Hausnummer: Straße des 17. Juni 112
Postleitzahl (PLZ): 10623
Ort: Berlin
Telefon: +49 30 184010
Telefax: +49 30 184018450
E-Mail: Ramona.Piko@bbr.bund.de
Internet-Adresse: <http://www.evergabe-online.de>

b) Verfahrensart „Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A“

Geschäftszeichen: 98/2026

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe

- elektronisch
- ohne elektronische Signatur (Textform)
- mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / fortgeschrittenem elektronischen Siegel
- mit qualifizierter elektronischer Signatur / qualifiziertem elektronischen Siegel

d) Art des Auftrags

Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Scharnhorststraße zw. 29/30, 10115 Berlin
Herrichtung als Ausgleichsfläche

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Landschaftsbauarbeiten nach DIN 18 320 - 2 Lose
Das Grundstück befindet sich in der Scharnhorststraße zwischen den Wohngebäuden Nr. 29 und Nr. 30 in Berlin Mitte und war ursprünglich Teil des im Westen angrenzenden Invalidenfriedhofes. Im Zuge der Maßnahme wird das Grundstück geteilt. Ca. 2/3 der

Fläche werden als öffentliche Grünfläche dem Bezirk Berlin-Mitte gewidmet und dienen als Ausgleichsfläche für das Besucher- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (BIZ). Ca. 1/3 der Fläche verbleibt im Bundesbesitz als Vorhaltefläche und wird im Zuge der Maßnahme temporär als Grünfläche hergerichtet.

Nutzungen

Die Liegenschaft wurde in den 1970er Jahren vom Invalidenfriedhof getrennt und als Erweiterung des Regierungskrankenhauses genutzt. Dafür wurde die Fläche vollständig betoniert und mit einem Garagenkomplex mit Waschhalle inkl. Fettabscheider bebaut.

Bis Mai 2025 wurde die Fläche zudem als außenliegender Parkplatz seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) genutzt.

Die Garagen, die Grenzmauer zum Invalidenfriedhof sowie die befestigten Flächen und Infrastruktureinrichtungen wurden in einer vorgezogenen Maßnahme 2025/2026 abgebrochen.

Besonderheiten

Da die Fläche vormals Teil des angrenzenden Invalidenfriedhofs war, und bei der Überformung in den 1970ern vermutlich keine Gräber geborgen oder umgebettet wurden, ist bei künftigen tieferen Eingriffen in den Boden mit dem Fund von Gebeinen zu rechnen. Die Bodenarbeiten werden daher durch einen Archäologen begleitet.

Bei der Fläche handelt es sich zudem um eine Kampfmittelverdachtsfläche. Ein Feuerwerker muss die Eingriffe in den Boden begleiten. Ein vom AG beauftragtes Ingenieurbüro überwacht die Durchführung und die Einhaltung des Räumkonzeptes nach BFR KMR.

Im Erstanalysekonzept wurde der beprobte Bodenaushub gemäß EBV als unbedenklich eingestuft (Klasse BM-0 Sand).

Die Beprobung des Bodens und der Haufwerke sowie das Abfallmanagement erfolgen durch ein durch den AG beauftragtes Ingenieurbüro.

Bei dieser Vergabe handelt es sich um Leistungen zur Herstellung von Freianlagen inkl. eines Wegeanschlusses zum Invalidenfriedhof, die Errichtung von zwei neuen Gartenhydranten sowie der Rückbau einer- und die Herstellung von zwei neuen Gehwegüberfahrten. Die zu bearbeitende Fläche umfasst ca. 3.660 m².

Die Leistungen beinhalten unter anderem:

- Erdarbeiten, ATV DIN 18300
- Verkehrswegebauarbeiten, ATV DIN 18315
- Pflasterdecken und Plattenbeläge, Einfassungen, ATV DIN 18318
- Landschaftsbauarbeiten, ATV DIN 18320
- Mauerarbeiten, ATV DIN 18330
- Metallbauarbeiten, ATV DIN 18360

Die Bearbeitungsfläche ist in zwei Lose aufgeteilt die parallel bearbeitet werden und folgende Bereiche umfassen:

LOS 1:

Gestaltung einer öffentlichen Grünfläche als naturschutzrechtliche Ausgleichsfläche, ca. 2.320 m².

Wegeverbindung zwischen Grünfläche und Wegenetz des angrenzenden Invalidenfriedhofes, ca. 60 m²

Arbeiten im Bereich des öffentlichen Gehweges und Herstellung von einer Gehwegüberfahrt, ca. 50 m²

Die Leistungen beinhalten unter anderem:

Erdarbeiten:

- ca. 1.200 cbm Abtrag Boden (lageweise)
- ca. 500 cbm Lieferung und Einbau Oberboden
- ca. 100 cbm Lieferung und Einbau Füllboden

Herstellen von Wegeflächen:

- ca. 85 qm Natursteinpflaster Großstein
- ca. 200 qm Wassergebundene Wegedecke
- ca. 200 m Einfassungen Naturstein
- ca. 85 m Einfassungen Stahlband

Mauerarbeiten:

- ca. 40 m Klinkersockel

Metallbauarbeiten:

- ca. 40 m Zaun Stahl auf Klinkersockel, H 1,50 m
- ca. 60 m Zaun Stahl, H 1,80 m

Herstellen von Pflanzungen und Rasenflächen:

- 23 Stück Bäume
- 138 Stück Sträucher
- ca. 300 qm Bodendecker und Staudenpflanzungen
- ca. 450 qm Rasenfläche

LOS 2:

Provisorische Herrichtung einer Fläche als Rasenfläche inkl. Umzäunung, ca. 1.170 m²
Arbeiten im Bereich des öffentlichen Gehweges sowie Rückbau und Herstellung von je einer Gehwegüberfahrt, ca. 60 m²

Die Leistungen beinhalten unter anderem:

Erdarbeiten:

- ca. 60 cbm Abtrag Boden (lageweise)
- ca. 180 cbm Lieferung und Einbau Oberboden
- ca. 80 cbm Lieferung und Einbau Füllboden

Mauerarbeiten:

- ca. 20 m Klinkersockel

Metallbauarbeiten:

- ca. 20 m Zaun Stahl auf Klinkersockel, H 1,50 m
- ca. 75 m Zaun Stahlgittermatte, H 1,50 m

Herstellen von Rasenflächen:

- ca. 1.170 qm Rasenfläche

Voraussichtlicher Baubeginn: 04/2026

Ausführungsende: 12/2026

Eignungsnachweise - Mindestanforderungen siehe Ausschreibungsunterlagen (Anlage zum Formblatt 211)

Es ist nachzuweisen, dass der Bieter über Erfahrungen in der Abwicklung der o.g.

Leistungen verfügt. Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind vorzulegen:

Nachweis über die Zulassung des Landes Berlin für die Arbeiten im Bereich öffentlicher Gehweg (ULV) oder die Nennung eines geeigneten Nachunternehmers.

Nachweis über die Genehmigung nach §7 SprengG für die Kampfmittelbegleitung bei Bodenarbeiten oder die Nennung eines geeigneten Nachunternehmers. Entsprechend den örtlichen Verhältnissen der Räumstelle gilt ein Verhältnis von einem

Befähigungsscheininhaber gem. §20 SprengG zu 1 Arbeitskraft (Sondierer, Helfer).

Nachweis über die Genehmigung nach DVGW GW302, GN2(A) für die Herstellung der Rohrverlegung in grabenloser Bauweise als HDD-Verfahren sowie die Zertifizierung nach DVGW GW301, Gruppe W3 für den Werkstoff PE oder die Nennung eines geeigneten Nachunternehmers.

Eignungskriterien:

Mindestanforderungen:

- Durchschnittlicher Jahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren: in Summe mind. 1,8 Mio. Euro, brutto

- Anzahl der jahresdurchschnittlich fest angestellten Mitarbeiter im Bereich der Bauausführung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren: in Summe mehr als 12 Arbeitskräfte, und mehr als 3 Vorarbeiter
- Darstellung von mindestens drei Referenzen zu Landschaftsbauarbeiten, die mit der Bauaufgabe vergleichbar sind, mit folgenden Angaben und Mindestkriterien:
 - a) Bezeichnung des Bauvorhabens
 - b) Bauherr, Auftraggeber (Name, Anschrift, Telefonnummer, Ansprechpartner)
 - c) vertragliche Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner oder Nachauftragnehmer)
 - d) Ort der Ausführung
 - e) Ausführungszeitraum (Fertigstellung der Leistung innerhalb der letzten 5 Geschäftsjahre)
 - f) stichwortartige Benennung des im eigenen Betrieb erbrachten maßgeblichen Leistungsumfanges unter Angabe der ausgeführten Mengen
 - g) Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer
 - h) Auftragswert der beschriebenen Leistungen von mindestens 500.000 Euro netto
 - i) stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen, einschließlich der Angabe, ob die Leistung für Neubau / Umbau / Denkmal erbracht wurde.

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass zur Gewährleistung eines zügigen Verfahrens nur rechtzeitig bei der Vergabestelle eingegangene Bieteranfragen beantwortet werden können.

Fristende: 19.02.2026

ACHTUNG

Die Vergabeunterlagen können unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt unter www.evergabe-online.de abgerufen werden. Es besteht keine Pflicht zur Registrierung auf der Vergabeplattform. Über Änderungen der Vergabeunterlagen, Nachsendungen, Bieterfragen, Antwortschreiben u.ä. werden Sie jedoch nur bei vorheriger Registrierung automatisch unterrichtet.

Andernfalls sind Sie verpflichtet, sich eigenständig die erforderlichen Informationen zu verschaffen.

„Informationen zur Datenerhebung gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind den Vergabeunterlagen aus dem beiliegenden Informationsblatt zu entnehmen“.

h) Losweise Vergabe

Ja, Angebote sind möglich - nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

(Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

i) Ausführungsfristen

Fertigstellung oder Dauer der Leistungen

12.2026

Weitere Fristen

Beginn der Ausführung: 04.2026

j) Nebenangebote

nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

k) Mehrere Hauptangebote

nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=835342>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert.

o) Ablauf der Angebots- und der Bindefrist

Ablauf der Angebotsfrist

27.02.2026 - 09:30 Uhr

Ablauf der Bindefrist

27.03.2026

p) Angebote sind einzureichen

elektronisch via

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=835342>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

r) Zuschlagskriterien

siehe Vergabeunterlagen

t) Geforderte Sicherheiten

siehe Vergabeunterlagen

v) Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

w) Beurteilung der Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das **Angebot** in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich / ggf. geforderte Eignungsnachweise

https://www.bbr.bund.de/BBR/DE/Vergaben/InformationenAuftragnehmer/Eigenerklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Bieter hat die Einhaltung der Mindestentgelt-Regelungen zu berücksichtigen. Einzelheiten dazu sind in den Ausschreibungsunterlagen enthalten.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Sofern im Präqualifikationsverzeichnis 3 hinterlegte Referenzen in Art und Umfang mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, ist der gültige PQ Eintrag für den entsprechenden Leistungsbereich als Eignungsnachweis ausreichend. Sofern der Nachweis der Eignung durch die Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.

(Präqualifikationsverzeichnis) erfolgen soll, können bei Bedarf noch zusätzliche Einzelnachweise eingereicht werden.

Eignungsnachweise - Mindestanforderungen siehe Ausschreibungsunterlagen (Anlage zum Formblatt 211)

Es ist nachzuweisen, dass der Bieter über Erfahrungen in der Abwicklung der o.g. Leistungen verfügt. Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen sind vorzulegen:

Nachweis über die Zulassung des Landes Berlin für die Arbeiten im Bereich öffentlicher Gehweg (ULV) oder die Nennung eines geeigneten Nachunternehmers.

Nachweis über die Genehmigung nach §7 SprengG für die Kampfmittelbegleitung bei Bodenarbeiten oder die Nennung eines geeigneten Nachunternehmers. Entsprechend den örtlichen Verhältnissen der Räumstelle gilt ein Verhältnis von einem

Befähigungsscheininhaber gem. §20 SprengG zu 1 Arbeitskraft (Sondierer, Helfer).

Nachweis über die Genehmigung nach DVGW GW302, GN2(A) für die Herstellung der Rohrverlegung in grabenloser Bauweise als HDD-Verfahren sowie die Zertifizierung nach DVGW GW301, Gruppe W3 für den Werkstoff PE oder die Nennung eines geeigneten Nachunternehmers.

Eignungskriterien:

Mindestanforderungen:

Durchschnittlicher Jahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren:

in Summe mind. 1,8 Mio. Euro, brutto

Anzahl der jahresdurchschnittlich fest angestellten Mitarbeiter im Bereich der Bauausführung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren:

in Summe > 12 Arbeitskräfte, und > 3 Vorarbeiter

Darstellung von mindestens drei Referenzen zu Landschaftsbauarbeiten, die mit der Bauaufgabe vergleichbar sind, mit folgenden Angaben und Mindestkriterien:

a) Bezeichnung des Bauvorhabens

b) Bauherr, Auftraggeber (Name, Anschrift, Telefonnummer, Ansprechpartner)

c) vertragliche Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner oder Nachauftragnehmer)

d) Ort der Ausführung

e) Ausführungszeitraum (Fertigstellung der Leistung innerhalb der letzten 5 Geschäftsjahre)

f) stichwortartige Benennung des im eigenen Betrieb erbrachten maßgeblichen Leistungsumfanges unter Angabe der ausgeführten Mengen

g) Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer

h) Auftragswert der beschriebenen Leistungen von mindestens 500.000 Euro netto

i) stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen, einschließlich der Angabe, ob die Leistung für Neubau / Umbau / Denkmal erbracht wurde.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Allgemeine Fach- / und Rechtsaufsicht BMW SB Berlin - Referat BII1, E-Mail:
BII1@bmwsb.bund.de